

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, Rud. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haafenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Säger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachm.
Paris, 8. April. Dabier und Jules Janin sind zu Mitgliedern der Akademie gewählt worden.

Es wird berichtet, das Ministerium werde dem Senatusconsult die Bestimmung zufügen, wonach Plebisците nur mit vorangegangener Zustimmung der Kammer zulässig sind. Es geht das Gerücht, das das Plebisците am 1. Mai e. stattfindet. Während der Zeit des Plebisците soll vollkommene Pressfreiheit und Versammlungsrecht gewährt werden.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 7. April. Graf Potocki hatte heute eine lange Konferenz mit Reichbauer unter Zuziehung von Kaiserfeld. Ob Reichbauer einen Ministerposten annimmt, dürfte sich morgen entscheiden.

Pest, 7. April. Während seiner jüngsten Anwesenheit hat der Kaiser den Wunsch ausgesprochen, das für die Eperies-Tarnower Eisenbahnlinie derjenige Unternehmer die Concession erhalte, welcher sich zur schnellsten Fertigstellung verpflichtet und hierfür die beste Garantie gebe. Böhlen's Wochenschrift nennt in Folge dessen Dr. Stroussberg als den zu erwartenden Unternehmer.

Paris, 7. April. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, das das Plebisците am 24. April erfolgen soll. Der gesetzgebende Körper hat die Interpellation Choiseul's bezüglich des Plebisците mit 171 gegen 48 Stimmen verurteilt.

37. Sitzung des Reichstages am 7. April.

Der Additional-Postvertrag mit Schweden passiert ohne Debatte die 3. Lesung. — Beratung des Strafgesetzbuchs. 23. Abschn. (Urkundensälschung) wird ohne Debatte erledigt. — Der 24. Abschnitt „vom Bankerott“ wurde ursprünglich von der Commission gestrichen, nach der Spezialberatung jedoch restituirt. Abg. Lesse nimmt den Antrag auf Streichung wieder auf, da diese Materie bei der allgemeinen Concursordnung ohnehin zu behandeln sein werde und Incongruenzen in der Behandlung von Kaufleuten und Nicht-Kaufleuten entstehen könnten. Es empfahl sich überhaupt nicht, in Bezug auf strafrechtliche Bestimmungen den Kaufleuten eine Sonderstellung zu geben. Nachdem die Schuldhaft aufgehoben und die Mobilisireklamation als einzige Sicherung übrig gelassen sei, werde auch für Nicht-Kaufleute die Concursöffnung eingeleitet und gegen sie wegen betrügerischer Handlungen zur Beiseitigung von Vermögensgegenständen ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet werden müssen. Alles das des Näheren zu bestimmen, sei nicht hier, sondern im allgemeinen Concursrecht der Ort, sonst laufe man Gefahr, nach wenigen Jahren die jetzt angenommenen Bestimmungen wieder abändern zu müssen. Die Abg. Evelt und Lasker und Bundes-Comm. Friedberg erklären sich gegen die Streichung. Endemann will kein besonderes Ständerecht für Kaufleute. Schwarzze: In Bestimmungen über Bankerott liegt kein Ständerecht, sondern höchstens eine Standespflicht, die aber mit dem kaufmännischen Credit in genauem Zusammenhange steht. § 276 (der erste dieses Abschnittes) wird darauf angenommen. — Zu § 278 (Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, werden wegen einfachen Bankerotts mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wenn sie 1) durch Aufwand, Spiel oder Differenzhandel mit Waaren oder Börsenpapieren übermäßige Summen verbraucht haben oder schuldig geworden sind; 2) Handelsbücher zu führen unterlassen haben, deren Führung ihnen gesetzlich oblag, oder dieselben verheimlicht, vernichtet oder so unordentlich geführt haben, dass sie keine Uebersicht des Vermögenszustandes gewähren, oder 3) es unterlassen haben, die Bilanz ihres Vermögens in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit zu ziehen“) hat die Commission vorgeschlagen, folgenden Passus hinzuzufügen: „4) obwohl ihnen bekannt war oder bekannt sein mußte, das ihre Schulden das Vermögen erheblich überschreiten, neue Schulden gemacht, oder Waaren, oder Creditpapiere erheblich unter dem Werthe verkauft haben.“ Lasker beantragt diesen Zusatz zu streichen. Der Begriff „erheblich“ sei gar nicht festzustellen; der redliche Kaufmann werde dadurch nur verhindert, gewisse Glücksumstände zu benutzen und dadurch seine Vermögensumstände zugleich zu bessern und seine Gläubiger zu befriedigen. Dieser Zusatz werde einen Schutz für das leichtsinnige Creditgeben constituiren und der Creditgeber sich durch ihn geschützt glauben. Jedensfalls sei der Zusatz nur annehmbar, wenn man statt „oder Waaren“ setze „und Waaren“; nur das Schuldenmachen über das Vermögen hinaus in Verbindung mit dem Verkaufe von Waaren unter dem Werthe mache das Vorhandensein betrügerischer Handlungen wahrscheinlich. Redner will daher, im Falle der Ablehnung seines Antrages, die Worte so wie er vorgeschlagen, abgeändert, außerdem aber auch die Worte „oder Creditpapiere“, die gar keinen Sinn hätten, gestrichen wissen. In demselben Sinne sprechen sich Seyffardt, Geber, Röß aus, auch Dr. Leonhardt erklärt sich mit der Streichung des Zusatzes einverstanden, während v. Lüd den Antrag der Comm. in Schutz nimmt und sich in die Aenderungen, die Lasker in Nr. 4 empfohlen hatte, fügen will. Mit denselben wird der Zusatz genehmigt. Abschn. 25 (Strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse). § 283 (der es mit Strafe bedroht, wenn man einen Andern bei einer öffentlichen Beiseigerung durch Gewalt, Drohung oder Versprechen eines Vortheils am Mit- oder Weiterbieten verhindert) wird auf Lasker's Antrag gestrichen. § 284 wird nach Lesse so gefast: „Wer bei einer ihm drohenden Zwangsvollstreckung in der Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräußert oder bei Seite schafft, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Gläubigers ein.“ Bei § 288: „Wer an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 R. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft“, wird auf Antrag von Puttkamer's hinzugesetzt: „die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“ — § 291 ordnet an, das bei Jagdvergehen auch auf Einziehung des Gewehrs, des Jagdgeräths u. s. w. zu erkennen ist. Lasker und Meyer beantragen hinzuzufügen, „wenn sie dem Verurtheilten gehören.“ Dieser Antrag wird von v. Wedemeyer, v. Lüd und v. Leveyou bekämpft und abgelehnt. — § 292 wird, von Lasker, v. Puttkamer und von Graf Münster amendirt, in folgender Fassung genehmigt: „Wer unberechtigt schießt oder krebst wird, mit Geldbuße bis zu 50 Thlr. oder mit Haft bestraft. Die Strafe kann auf Geldbuße bis zu 200 Thlr. oder bis zu 6 Monate Gefängnis erhöht werden, wenn das unberechtigte Schießen oder Krebsten zur Nachtzeit bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explosiver Stoffe stattfindet. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

§ 297 bestraft denjenigen, der in gewinnsüchtiger Absicht und unter Benützung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen sich von demselben Schuldscheine, Wechsel oder andere eine Zahlungspflicht enthaltende Urkunden ausstellen oder mündlich ein Zahlungsverprechen ertheilen läßt, mit Geldstrafe bis 1000 R. oder Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr. Lasker will diesen § streichen. Meyer: Zahlungsverprechen Minderjähriger sind an sich rechtungillegitim; der Versuch, die Verpflichtung durch Ehrenwort bindend zu machen, fällt unter den folgenden §, wir haben also gar keine Veranlassung, die vorliegende Bestimmung aufrecht zu erhalten. Adernann hebt den schädlichen Einfluß der Wucherer hervor, die die jungen Leute in ihren Wohnungen aufsuchen und durch Anerbietungen von Geld verführen. Ziegler: Ich bin niemals so glücklich gewesen, das mir die Wucherer das Geld in's Haus gebracht hätten; ich habe als junger Mann immer zu ihnen gehen müssen und ich bin ihnen noch heute dankbar, das sie mir aus der Verlegenheit geholfen. Die Fälle, auf die man hier mehrfach hingewiesen hat, sind nur ein Symptom eines Verbrechens unserer Zeit. Wenn sie überall da, wo ein solches Symptom zu Tage tritt, darauf los schlagen, so schlagen Sie doch das Gebrechen selbst nicht todt, sondern ruiniren nur den Staat und machen ihn zu einer Anstalt für verwaehrte Kinder. (Beifall.) Graf Schwerin erinnert daran, wie oft die Eltern für den Leichtsinns ihrer Kinder büßen müssen; es sei dies eine Erfahrung, die mehr oder weniger wohl schon Jeder im Hause gemacht habe. (Auf eine Interpellation aus der Mitte der Versammlung erklärt Redner, das seine eigenen Söhne ihm glücklicherweise diese persönliche Erfahrung erspart hätten.) Er bittet durch Annahme des § den „Halsabschneidern“ das Handwerk zu legen. Abg. v. Brauchitsch findet den Ausdruck „Halsabschneider“ noch viel zu milde. „Gurgelabschneider“ sei der passende Ausdruck für jene Menschenklasse. Die vielfach in der Armee vorkommenden Fälle sollten dem Hause als warnende Beispiele dienen. Nicht bloß der junge Adel, sondern auch alle andern Gesellschaftsklassen, denen ja die Reihen des Militärs ebensogut geöffnet seien, müßten unter diesen Verhältnissen leiden! der Student befinde sich ja in derselben Gefahr. Der Antrag Lasker's wird abgelehnt, § 297 also angenommen. — § 298 setzt für denjenigen, der in gewinnsüchtiger Absicht und unter Benützung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen (diese gesperrten Worte sind ein Zusatz der Comm.) sich von demselben unter Verpöndung der Ehre oder ähnlichen Versicherungen die Gewährung einer auf Geld oder geldwerthe Sachen gerichtete Verpöndung versprochen läßt, eine Geldstrafe bis zu 1000 Thlr. oder Gefängnis bis zu 1. Jahre fest. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden. Bundes-Comm. Leonhardt bittet den Zusatz der Comm. abzulehnen, da die Annahme einer ehrenwörtlichen Verpöndung von einem Minderjährigen in jedem Falle bestraft werden müsse. Abg. Meyer sieht keinen Grund, Jemand zu bestrafen, der beispielsweise einem noch minderjährigen Kaufmann zu einem vortheilhaften Geschäft Geld auf Ehrenwort leihe. Dr. Leonhardt bittet nicht immer auf einzelne Fälle zu exemplifiziren. Ein Beispiel, wie das angeführte, sei sehr unwahrscheinlich. Abg. Miquel will den §, der für das Gebiet des gemeinen Rechts gar nicht passe, ganz streichen. Das Beispiel einzelner junger Herren in Berlin dürfe nicht maßgebend sein für eine Gesetzgebung Deutschlands. Abg. v. Wedemeyer: Wenn die jungen Leute nicht gegen die Verführung zum Ausstellen von Ehrenscheinen geschützt würden, so untergrabe man Wohlstand und Familienglück. Abg. v. Hoyerbed bemerkt dem Bund-Comm., das die Anführung spezieller Fälle geboten sei, denn das Gesetz solle auf spezielle Fälle angewendet werden und sei für einen speziellen Zweck erfunden worden, deshalb werde er gegen den ganzen Paragraphen stimmen. Wollte man die jungen Leute vor Verführung zur Uebernahme ehrenwörtlicher Verpöndungen schützen, so solle man ihnen vor Erreichung eines gewissen Alters den Gebrauch des Ehrenworts gesetzlich verbieten. Der § 298 wird hierauf in der Fassung der Comm. angenommen. — § 299 (Die in den §§ 297 und 298 angeordneten Strafen werden nicht durch den Einwand ausgeschlossen, das die Minderjährigkeit unbekannt gewesen sei oder das der Minderjährige sich für volljährig ausgegeben habe, wohl aber durch den Nachweis solcher Umstände, unter welchen der Minderjährige als Großjähriger betrachtet werden konnte) wird auf Lasker's Antrag gestrichen.

Abschnitt 26 (Sachbeschädigungen). Zu den §§ 300 bis 302 wird auf Antrag Bähr's hinzugesetzt: „Auch der Versuch ist strafbar.“ Bei 301, der von der Beschädigung von Denkmälern handelt, kommt Abg. Kryger auf die Denkmäler in Celle und Flensburg zu sprechen und geht auf

die Geschichte des letztern ausführlich ein. Präs.: Die beispielsweise Anführung des Denkmals in Flensburg gebe dem Redner kein Recht, ausführlich auf eine von dem Gegenstand der Debatte fern abliegende Sache einzugehen. Abg. Kryger: Es werden hier so viele Geschichten erzählt, also kann ich wohl auch diese erzählen. Präs.: Die Erzählung von Geschichten, welche mit dem § 301 nicht in Verbindung stehen, werde ich nicht zulassen. Kryger: Man, wenn ich auch hier nicht das Wort bekommen kann, so ist das traurig. — Abschnitt 27 (Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen). In § 314 wird das 2. Alinea auf Lasker's Antrag gestrichen. — Abschnitt 28 (Verbrechen und Vergehen im Amte). Lasker will denselben mit folgendem neuen § beginnen: Ein Beamter, welche für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vortheile nimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. — Abg. Schwarzze: Die armen Briefträger und Schaffner seien häufig in der Lage, sich bei diesem Paragraphen aufgestellten Vergehen schuldig zu machen; solche Fälle blieben besser den betreffenden Vorgesetzten überlassen, als das sie vor den Criminalrichter gebracht würden. — Abg. v. Lüd: Ob einige Briefträger dabei zu Grunde gingen, berühre ihn wenig. (Oh!) — Der Antrag wird angenommen. — Die §§ 328 bis 331, die von der Bestechung von Beamten, Schiedsrichtern, Strafrichtern und Geschworenen handeln, werden zugleich discutirt. — Abg. Ziegler will § 329 g. n. streichen. Kaiser Nikolous war bekanntlich ein sehr strenger Herr und als er in den 30er Jahren merkte, das die Bestechung in dem heiligen Rußland — man nennt es heilig, wie man China himmlisch nennt — alles Maß überschritten habe, erließ er einen Ulas mit den blutigsten Strafen gegen die Beamten. Das führte nun eine Menge Würdenträger und Beamten in ihrem rechtlichen Erwerbe, und da sie wohl wußten, das man Fürsten am leichtesten verführe, wenn man sie bei ihren guten Seiten faßt, so krochen sie an den Kaiser, dessen Ordnungssinn sie kannten und sagten: „Majestät haben sehr recht gethan, die Bestechung muß aufhören, aber Sie sind nicht streng genug gewesen.“ — „Nicht streng genug? Wieso?“ — „Majestät mußten das Uebel bei der Wurzel angreifen und auch die Bestechenden bestrafen.“ Der Kaiser ging in die Falle, erließ den betreffenden Ulas und nun ging das Geschäft der Beamten wieder in alter Blüthe, denn die Belastungszeugen wurden zu Entlastungszeugen, da Niemand Lust hatte die Gesilde Sibiriens zu sehen. (Anhaltende Heiterkeit.) Sie sehen, das der § eine Versicherung für die Beamten ist. Und ist denn das bei uns nöthig? Was ist denn bei uns vorgefallen, das die preussischen Beamten einer Versicherung bedürfen? Der § 329 ist aber auch nicht gerecht. Ich war in Frankreich, als der Stambal mit dem Minister Teste Statt hatte. Natürlich ließ ich mich darüber hart aus, erhielt aber von meinen französischen Freunden die Antwort, das es bei uns nicht besser sei. Ganz ernsthaft sagten sie mir, das man doch auch bei uns nicht zu einem chef de division, was mit unserem Abtheilungsdirigenten quadriert, gehen und ein Anliegen vortragen könne, ohne eine Introduction soit par l'argent ou soit par la femme. Nun frage ich Sie: wenn die Zustände bis zu dem Grade verderbt sind, wenn sie in Rußland und Frankreich es waren, kann man da noch den Bestecher strafen? Talleyrand hat einmal bei solcher Gelegenheit gesagt: „es ist schade, das der Mensch leben muß.“ Ja wohl! Nun will aber der arme Bürger auch leben. Ist es ihm zu verdenken, wenn er an den raschen Willen des Gewaltigen ein heilsames Gewicht hängt, oder deren Schritte zu seinen Gunsten beschleunigt, wenn es darauf ankommt, eine Concission zu erlangen oder einen Bauplan genehmigt zu erhalten oder sonst in seiner Nahrung unbehindert zu sein. Und nun soll der Unglückliche, der corrumpt ist, noch bestraft werden, und zwar von denselben, die ihn corrumpt haben. Das ist grausam, ist ungerecht. Und schließlich, was erreichen Sie denn mit Ihren strengen Paragraphen, von denen das Gesetz übertoll ist, und denen ich, so gern ich es gethan hätte, nicht habe widerstreiten mögen. Sie erziehen damit nicht bessere Beamte. Das geschieht auf ganz andere Weise, wie sich dies in Preußen vor uns vollzogen hat. Friedrich Wilhelm III. übernahm, gelinde ausgedrückt, die Regierung aus sehr verworrenen Zuständen. Er verfuhr gar nicht gewalttham und hart. Nur eines that er sogleich: er setzte sofort den Cultusminister ab. (Anhaltende Sensation und Heiterkeit, da der Abg. v. Wähler ziemlich nahe vor dem Redner sitzt.) Dem Könige war klar, das, wenn man den Belotismus fogar in die Schulen treibt, man dadurch das Volk trennt, statt es patriotisch zu einigen und das ein religiös zerrissenes Volk nicht mehr regiert werden kann. Er jagte also den Cultusminister fort (Bewegung) und that weiter gar keine Schritte. Damit Lewies der König, das er wirklich von Gottes Gnaden war; er trug seine Krone von Gott und hörte auf Gott d. h. auf das Volk, denn des Volkes Stimme ist Gottes Stimme. Er schenkte sich nicht diese Stimme zu erkennen, und fürchtete nicht, damit ein Herrsche recht zu opfern. Er jagte also nur den Cultusminister fort und wirkte daneben nur durch sein erhabenes Beispiel des rechtlichen Mannes im Lande und durch das Beispiel seiner hohen Gemahlin, die zu loben ich nicht würdig bin. Dadurch führte er sein Volk zur Sittlichkeit und ergoz successive einen Beamtenstand, von dem ich ohne die Uebertreibung des Particularismus sagen kann: kein Land that ihn besser. Also nicht durch strenge, starre Paragraphen, sondern auf sittlicher Grundlage, an der Hand freier Erziehung schafft man Charaktere, die sich selbst und in der Gefahr den Staat zu tragen im Stande sind. Durch bloße Härte und Abstrafung erreicht man nichts als die gewöhnliche Parforceedressur, die an sich werthlos ist und nicht lan-

ger vorhält, als bis die Striemen verblaßt sind, durch die sie eingetränkt wurde. (Leb. Weisfall.) Auf den Antrag Bähr's werden die §§ 328 und 329 mit Weglassung des „Schiedsrichters“ angenommen. — Statt der §§ 330 und 331 wird folgende Fassung Bähr's angenommen: „Ein Richter, Schiedsrichter, Geschworener oder Schöffe, welcher Geschenke oder andere Vortheile annimmt oder sich versprechen läßt, die ihm zwecks Einwirkung auf die ihm obliegende Leitung oder Entscheidung einer Rechtsache geboten werden, wird mit Zuchthaus bestraft. Derjenige, welcher einem Richter, Schiedsrichter, Geschworenen oder Schöffen zu dem vorbezeichneten Zweck Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt, wird mit Zuchthaus oder beim Vorhandensein von Milderungsgründen mit Gefängniß bestraft.“ — Nächste Sitzung: Freitag.

* Berlin, 7. April. Die „Prov.-Corresp.“ widmet diesmal den größten Theil ihres Inhalts der national-liberalen Partei. Nochmals muß der Lascher'sche Antrag in der deutschen Frage herhalten zu dem Argument, daß die national-liberale Partei, nachdem es ihr 1866 durch das Vertrauen zu dem Grafen Bismarck, zu dessen politischem Streben und zu dessen politischer Einsicht „maßlich“ war, an der neuen deutschen Entwicklung thätig und erfolgreich Antheil zu nehmen, jetzt unter dem Einflusse „einzeln hervorragender Mitglieder“ Wege betritt, welche mit dem Vertrauen zu der politischen Führung des Grafen Bismarck im offenen Widerspruch stehen und auf welchen sie immer mehr und mehr zu der alten Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei zurückzulehren scheint. Auch den Scherz des Bundeskanzlers, daß diese Partei im Reichstag partikularistische Gelüste gezeigt habe, als sie den preussischen Landtag nicht im Voraus zu der Zahlung eines Sonderbeitrags von 30,000 Rm zum Etat der auswärtigen Angelegenheiten verpflichten wollte, — tischt das ministerielle Blatt wieder auf. Der Artikel schließt damit, daß die national-liberale Partei bei dieser Haltung „verzichten müsse, als eine solche zu gelten, welche der Regierung bei ihren großen Aufgaben eine Stütze gewähren kann. Sie kann kein Vertrauen fordern, weil sie keines einzufößen vermag.“ — Wenn die Angegriffenen diesen letzteren Vorwurf zurückgeben, bemerkt die „N. Z.“ darauf, so werden sie dazu wohl mehr Recht haben als die Regierung. Die Partei ist unabhängig und wird es bleiben. Und wie sie bisher sachliche Opposition gemacht hat, so wird sie es gewiß auch in der Zukunft halten. Die allzu große Zudringlichkeit der Inspirierten, die sich bemühen, die Partei zu spalten, damit die Regierung nach dem Grundsatz *divide et impera!* bei den kommenden Wahlen sich ein Jammern-Parlament erkreiten könne, wird nur den Erfolg haben, daß die Partei um so fester zusammenhält. Und es wird sich ja nach den Wahlen zeigen, ob die Regierung nicht nach wie vor durch den Zwang der Verhältnisse dazu genöthigt sein wird, auf die Liberalen einige Rücksicht zu nehmen. Aus bloßem guten Willen hat Graf Bismarck dies bisher wahrhaftig nicht gethan und wird es gewiß auch fernerhin nicht thun.

— In Betreff der beabsichtigten Erweiterung des landwirthschaftlichen Ministeriums hört die „Kreuzzeitung“, daß in Gemäßheit der Anträge des Deconomie-Collegiums auch von dem Uebergange der ländlichen Credit-Institute aus dem Ministerium des Innern in das landwirthschaftliche Ressort die Rede ist.

— Der „Kreuztg.“ zufolge soll der Abg. Braun-Wiesbaden zum Syndikus der preussischen Central-Boden-Credit-Gesellschaft in Aussicht genommen sein. Der Abg. v. Kardorff soll in den Verwaltungsrath dieser Gesellschaft eintreten.

— Seitens der bayerischen Regierung ist, wie die „W. Btg.“ berichtet, in den letzten Wochen eine neue Anregung der Frage erfolgt, ob es den in Aussicht stehenden Beschlüssen des Concils gegenüber sich für die Regierungen nicht empfehle, im Voraus Stellung zu nehmen und zu diesem Zwecke gemeinsame Schritte in Rom zu thun. Inzwischen hat auch dieses Mal die Auffassung die Oberhand behalten, daß die deutschen Regierungen aus ihrer abwartenden Stellung nicht heraustreten könnten. Namentlich sollen die Nachrichten, welche über die geringe Geneigtheit des Grafen Beust, den Tendenzen der römischen Curie in dieser Weise entgegen zu treten, hierher gelangt sind, auf diesen Beschluß bestimmend eingewirkt haben.

Arnstadt. Als Reichstags-Abgeordneter für Schwarzburg-Sonderhausen, in Stelle des Abg. Kayser (freiconf.), der sein Mandat niedergelegt, ist der App.-Ger.-Rath Kanningier in Magdeburg (nat.-lib.) gewählt worden.

Stuttgart, 6. April. Heute ist das Gesetz über die Aufnahme von 8 Mill. Gulden zum Eisenbahnbau veröffentlicht worden. Zur Aufnahme sind der Finanzminister und ein ständischer Ausschuss ermächtigt. (W. B.)

Frankreich. Paris, 5. April. Der dem Volke vorzuliegende Beschluß ist aus der Feder des Kaisers hervorgegangen. Der Moniteur Universel, das Organ des linken Centrums, verlangt, daß der Artikel 5 der Verfassung folgende Redaction erhalte: „Die Verfassung kann auf den Vorschlag des Kaisers nur durch den Senat und den gesetzgebenden Körper umgeändert werden. Eine Aenderung des Titels II. (die Dynastie betreffend) kann nur mit directer Zustimmung des Volkes vorgenommen werden.“ Dem Lande gegenüber ist die Annahme des Plebiszits gesichert, aber es wird viele Abstimmungsenthaltenungen und auch mehr Nein geben, als i. S. 1852: einmal, weil es mehr Republikaner giebt als damals und dann, weil die Abstimmung nicht unter dem Druck einschüchternder Ereignisse vor sich gehen wird. Die Verfassung von 1852 wurde mit 7,473,731 gegen 641,351 Stimmen angenommen, der Senatsbeschluß vom December 1852, die Ausrufung des Kaiserreichs betreffend, mit 7,828,189 gegen 253,145. Aber eine große Majorität wird immerhin für den Volksbeschluß einstehen, weil die immense Majorität des Landes eben für die Reform, für das liberale Kaiserreich und gegen jeden gewaltsamen Umsturz ist. Die Meinung, daß es entweder vor der Abstimmung oder unmittelbar nach derselben zu einer theilweisen Ministeränderung kommt, erhält sich. — Der Prinz Peter ist immer noch in Paris. Er fuhr gestern in einem offenen Wagen durch die Champs Elysées und über die Boulevards. Der bekannte Dr. Morel und der Hauptmann Pulicani begleiteten ihn. Er wagte sich jedoch nicht weiter, als bis zum Boulevard Montmartre. Der Prinz soll jetzt vom Kaiser ein Schreiben erhalten haben, welches in sehr freundlichen Ausdrücken abgefaßt ist, aber mit den Worten schließt, daß es dem Kaiser sehr angenehm sein würde, wenn der Prinz eine kleine Reise nach dem Auslande mache.

Spanien. Madrid, 6. April. Cortesitzung. Der Antrag Figuera's, die Regierung zu Aufklärungen über die gegenwärtigen Krisen aufzufordern, wurde mit 162 gegen 41 St. abgelehnt. (W. B.)

Amerika. New-York, 6. April. Die Revolution in Venezuela nimmt größeren Umfang an, die Insurgenten unter Blanco rücken gegen Caracas vor. (W. B.)

Toronto, 5. April. Die Regierung von Canada erhielt Kenntniß von einem beabsichtigten Feuertreffer. (W. B.)

Danzig, den 8. April. * Eduard Meyen wurde am 5. März 1812 in Berlin geboren. Während der Jahre 1830 bis 1833 hat er theils in seiner Vaterstadt, theils in Heidelberg vorzugsweise Literatur und Geschichte studirt. In Berlin promovirte er zum Doctor der Philosophie. Ganz den idealen, aber zugleich auf ein praktisch-politisches Ziel gerichteten Bestrebungen seiner Zeit hingegeben, wandte er sich dem Berufe eines Schriftstellers zu und lag demselben mit unermüdetem Fleiße und einer, sein ganzes Leben hindurch ihn auszeichnenden, Gewissenhaftigkeit ob. Er betheiligte sich mit zahlreichen literarischen Arbeiten an dem Brockhaus'schen Conversations- und am Welcker'schen Staats-Lexikon, wie an verschiedenen Zeitschriften, namentlich auch an Kuge's Hallischen Jahrbüchern. Seit 1838 führte er die Redaction der „Literarischen Zeitung.“ Dabei entging er nicht dem Schicksal, welches die Schriftsteller bedrohte, die sich nicht dazu verstehen mochten, ihre gegen die reactionäre Romantik der vierziger Jahre sich auflebenden Gedanken durch ihre Worte nur durchschimmern zu lassen. Er wurde im Jahre 1847 zu zweijähriger Festungshaft verurtheilt, und hätte dieselbe auch voll abüben müssen, wenn nicht die nach dem 18. März 1848 erlassene Amnestie ihn aus der Festung Stettin befreit hätte. Mit voller Begeisterung für die neue Aera, welche sich damals eröffnen sollte, wirkte er aufs Neue in der politischen Presse jener Zeit. Aber wiederum wurde ihm der Prozeß gemacht, und er entging einer zweiten Haft nur dadurch, daß er mehrere Jahre seinen Wohnsitz zuerst in London, dann in Wandsbeck nahm. Doch auch dies Mal kam ihm eine Amnestie zu Gute. 1858 lehrte er nach Berlin zurück. Hier übernahm er die Redaction der „Berliner Reform“ und führte sie, mit nur einjähriger Unterbrechung, bis 1868 fort. Unter seiner Leitung wurde sie ein Blatt, das mit großer Entschiedenheit die Bestrebungen der national-liberalen Partei vertrat. Es war für diese Partei ein wesentlicher Verlust, daß das treffliche Blatt durch die Ungunst äußerer Umstände zu Grunde ging. Meyen hatte bemessen seine ganze Kraft und schließlich noch den Rest seines Vermögens geopfert. Wohl war das ein harter Schlag für den Politiker und den Schriftsteller; aber es war ein harter Schlag auch für den Familienvater. Doch mit der Kraft seines unermüdeten Idealismus ertrug ihn Meyen, wie es einem Manne geziemt. Ungebrochen ging er den Weg weiter, den seine politischen und stiltlichen Ueberzeugungen ihm vorgezeichnet. Bald gewann er als Redakteur der „Danziger Zeitung“ einen neuen und mit neuer Hoffnung ihn erfüllenden Wirkungskreis. Aber nur zehn Monate lang sollte er seine immer noch rüstige Kraft ihm widmen können. Am 4. April rief ihn der Tod ab, und heute haben wir die vergänglichsten Ueberreste des Mannes begraben, der als einer der treuesten Kämpfer für Freiheit und Recht und als einer der festesten und zugleich reinsten und mildesten Charaktere noch lange in unserem Andenken fortleben wird.

* [Gewerbereien.] In der gestrigen nur von 22 Mitgliedern besetzten Generalversammlung wurde der Etat pro 1870/71 vorgelegt. Derselbe ist projectirt in Einnahme: Reste 4 R., Eintrittsgelder 15 R., Jahresbeiträge 800 R., Gewerbehäusermietzung 850 R., Grundstück Zwirngasse No. 4 Miete 120 R., Interessenconto 3 R. 20 S., extraordinär 7 R. 10 S., Summa 1800 R.; — in Ausgabe: Heizung 100 R., Beleuchtung 420 R., Bibliothek 150 R., wöchentliche Vorträge 100 R., Gewerbevereinschulen 100 R., Druckerarbeiten 70 R., Incaffogebühren 30 R., Unterhaltung des Inventariums 100 R., Gehalt des Castellans 50 R., Stiftungsfest 60 R., Verwaltung des Gewerbehäuses 210 R., Interessenconto 273 R. 6 S., Verwaltung des Grundstücks in der Zwirngasse 81 R. 17 S., extraordinär 55 R. 7 S., Summa 1800 R. Die einzelnen Positionen wurden genehmigt und der Etat auf 1800 R. festgestellt. — Die verlangte Decharge für die Gewerbevereins-Rechnung pro 1868/69 wurde ertheilt; ebenso die Decharge für die Hilfs-Lassenrechnungen pro 1867 und 1868. — Zur Completierung des kürzlich gewählten Vorstandes sind in Folge von Ablehnungen mehrere Neuwahlen nöthig geworden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Hr. Hybbereth, zum Ordner der Vorträge Hr. Ehlers, zu Beisitzern die Hh. A. Blod und S. Prina gewählt. — Hr. Rentier Holz benutzte eine kurze Pause während des Wahlsacts zu dem Antrage, es möge der Vorstand dahin wirken, daß die Vertreter der Presse in Zukunft nicht mehr die Zahl der Anwesenden notiziren, da es einen zu schlechten Eindruck mache, wenn diese Zahl eine überaus kleine sei. Der Hr. Antragsteller wurde von den Hh. Dir. Kirchner und Al. Prina dahin belehrt, daß es dem Vorstande nicht zustehe, ein derartiges Verlangen an die Presse zu stellen. Nur im Falle unrichtiger Referate könne letzterer für den Verein eintreten. Dabei wurde es als bedauerlich anerkannt, daß die Theilnahme bei Verhandlungen über wichtige Angelegenheiten des Vereins eine im Verhältniß der Mitgliederzahl so geringe sei; durch Veröffentlichung dieses Factums könne vielleicht eine Beseitigung dieses Uebelstandes herbeigeführt werden.

— Der Wanderlehrer des Hauptvereins Westpreuß. Landwirthe, Landgeschworne Nobis, wird auch in diesem Frühjahr wieder Befußt Einrichtung bäuerlicher Wirthschaften die Provinz bereisen. Es werden deshalb von dem Verein diejenigen bäuerlichen Wirthschaften, welche wünschen, die bessere Erträge liefernde Schlagwirthschaft bei sich eingeführt zu sehen, aufgefordert, dies bis zum 15. April dem Verein anzuzeigen und gleichzeitig die Größe der einzurichtenden Acker- und Wiesenflächen und des darauf gehaltenen Zug- und Nutzviehs anzugeben. Bei unbemittelten Besuchern erfolgt die Instruktion gratis.

* [Concert.] Fräulein v. Tellini, welche sich für die Oper der in wenigen Tagen beendigten Saison als eine sehr werthvolle Acquisition bewährt hat und mit jeder Rolle in der Gunst des musikalischen Publicums gestiegen ist, beabsichtigt aus Anlaß ihres Scheidens von Danzig am 19. d. M. im Saale des Schützenhauses ein Concert zu veranstalten, auf welches wir hiermit angelegentlich hinweisen wollen. Noch in jüngster Zeit hat Fräulein v. Tellini durch die wirkungsvolle Durchführung der Selita in Meyerbeer's „Africain“ zu der glänzenden Aufnahme dieser Oper wesentlich beigetragen und sich dadurch begründeten Anspruch auf dankbare Anerkennung erworben. Diese zu betätigen, werden die Musikfreunde durch zahlreichen Besuch jenes Concerts hoffentlich gern Gelegenheit nehmen. Das Concert wird durch die Mitwirkung talentvoller Pilettantenkräfte ein interessantes Gepräge erhalten.

* [Polizeiliches.] Der Arbeiter Biskowski entwendete von einem Wagen auf dem Fischmarkt einen Lachs. Der Diebstahl wurde von einem Polizeibeamten bemerkt, der Dieb ergrieff und verhaftet. — Die Thäterin des bei dem Maschinenbauer S. kürzlich verübten Diebstahls ist in der Aufwärterin Barb. Dombrowski ermittelt und dieselbe verhaftet. Außer den bei S. gestohlenen Sachen wurden bei der Hausdurchsuchung noch 3 leinere Taschentücher, gez. J. B. 2, 3 und R. G. vorgefunden, die wahrscheinlich ebenfalls gestohlen sind. — Verhaftet wurden 2 Männer und 2 Frauenpersonen.

* [Traject über die Weichsel.] Terepol-Gulm, Warlubien-Gradenz und Czerminsk-Marienwerder unterbrochen. Die

Beförderung der Postschiffen für Marienwerder findet über Marienburg statt.

* Marienburg, 8. April. Gestern Nachmittags 1 Uhr setzte die Eisbede sich in Bewegung bei einem Wasserstande von 11' 7", um 2 Uhr wurde das Eisstreben schwächer, so daß man annehmen konnte, daß die Rogat oberhalb frei von Eis sei. Heute ist das Strombett eisfrei, nur am Ufer hat sich noch etwas Eis abgelagert. Wasserstand heute Morgens 5 Uhr 11' 1".

+ Thorn, 7. April. [Einquartierungsaffäre.] An den hiesigen Magistrat hatten 54 Hausbesitzer, geleitet auf das Bundesgesetz vom 25. Juni 1868, die Einquartierungslast im Frieden betreffend, Ende Februar d. J., wie ich damals mittheilte, das Petikum eingereicht, daß derselbe das im December v. J. für Thorn publicirte Einquartierungs-Regulativ für den Friedenszustand wieder aufhebe, weil dasselbe gegen die Bestimmung des gedachten Bundesgesetzes die Einquartierungslast nur den Hausbesitzern, nicht aber auch den Mietnern auferlege. Den Petenten antwortet der Magistrat, daß die in dem Antrage enthaltene Behauptung, das hiesige Regulativ entspreche nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, jeder Begründung entbehre. Wenn hiernach auch keine Veranlassung vorliege auf den Antrag einzugehen, so habe man doch beschlossen, denselben nach Jahresfrist wieder in Erwägung zu nehmen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß eine baldige Aenderung in dem ganzen System der Gemeindebesteuerung wahrscheinlich ist. Gegen diesen Beschluß des Magistrats, der mit dieser seiner Ansicht, zumal in Anbetracht der Auslassungen der Kgl. Regierungen zu Königsberg, Danzig, Magdeburg u. über dieselbe Frage vereinzelt dastehen dürfte, werden die Petenten, und zwar mit Recht, weiter remonstriren. Die Einquartierungslast ist hierorts für die Hausbesitzer eine sehr drückende, da es an Kasernen fehlt, und etwa ein Fünftel der Garnison in Bürgerquartieren untergebracht wird, ein Verhältniß, wie es wohl selten in einer anderen Festungs-Garnisonstadt existirt. Der Wohnungsmangel steigt von Jahr zu Jahr in Folge des Zugzugs und der Enge der Stadt als Festung. Die Einquartierungssteuer ist zu solcher Höhe gestiegen, daß sie etwa das Doppelte der Communalsteuer beträgt und etwa 3 bis 4 % von dem Nettoertrage der zur Gebäudesteuer veranlagten Wohnhäuser abforbirt.

* Thorn, 7. April. Wasserstand 7 Fuß 7 Zoll. Wetter freundlich. Wind Westen. 3 Grad Wärme. Schwacher Eisgang. Das Eis tritt in kleinen vereinzelt Schollen.

Königsberg, 8. April. Am Mittwoch wurde eine extraordinäre Sitzung der Stadtverordneten abgehalten, deren Zweck die wegen Herstellung der städtischen Wasserleitung aufzunehmende Anleihe betraf. Die Versammlung sollte, nach der Magistrats-Vorlage, den mit der Bank in Winterthur in Verbindung mit dem Baseler Banquier R. Kaufmann verabredeten Contract genehmigen. Die genannten Bankhäuser haben sich erboten, die Anleihe zu 95% mit einer Provision von 1%, also zu 95% Netto, unter den später näher zu bezeichnenden Bedingungen zu reguliren. Nun war aber kurz vor dem Anfang der Sitzung eine Eingabe von der Disconto-Gesellschaft in Berlin eingegangen, die 1% höheres Angebot macht als die Schweizer Gesellschaft, auch einen Bevollmächtigten in der Person des Gerichts-Assessor Herrmann zum Abschluß des Geschäftes mit dem Magistrat hierher geschickt hat. Der Magistrat bemerkt, daß diese Gesellschaft erst 93% geboten, später das Gebot auf 94% erhöht und gleichzeitig erklärt habe, nicht weiter gehen zu können. Nachdem sie nun von dem Angebot der Schweizer Gesellschaft gehört, erbot sie sich zur Uebernahme der Anleihe unter denselben Bedingungen gegen 95% Netto. Nach den zwischen dem Magistrat und der Schweizer Gesellschaft stipulirten vornehmlichen Bedingungen übernimmt die letztere die Anleihe von 650,000 R. gegen Ausgabe von 5% Inhaberpapieren zu 95% Netto, sie berichtigt dieselbe durch preussische oder sächsische Wechsel, zahlbar in Königsberg und hat nicht nöthig auf ein Mal mehr als 50,000 R. zu zahlen. Bis zum 1. Juli muß jedoch 1/3, das zweite Drittel bis zum 1. October, das letzte Drittel der Anleihe bis zum 1. Januar 1871 gezahlt werden. Die Summen werden vom Tage der Einzahlung mit 5% verzinst. Die Amortisation der Anleihe erfolgt in 37 Jahren mit 1% jährlich mit Zuschlag der Zinsen durch Ankauf oder Auslösung der ausgegebenen Stadtsobligationen. An Caution stellt die Schweizer Gesellschaft 32,500 R. entweder baar oder in guten zinstragenden Papieren. Die Zurückgabe derselbe erfolgt nach der Bezahlung der letzten Rate der Anleihe. Bei der Verschwiegenheit der Ansichten, die sich in der Versammlung kund thaten, machte der Hr. Geh. Rath Riesche der Versammlung schließlich den Vorschlag, wenn sie jetzt nicht schon die Genehmigung des mit der Schweizer Gesellschaft geschlossenen Uebereinkommens aussprechen sollte, dem Magistrat doch discretionäre Gewalt zu ertheilen, damit dieser die Anleihegelegenheit, ohne daß sie nochmals in der Stadtverordneten-Versammlung zur Verabingung komme, zum Abschluß bringe und so lautere der Beschluß der Letzteren wie folgt: „Die Versammlung ermächtigt den Magistrat innerhalb der nächsten 48 Stunden (der Bevollmächtigte der Berliner Disconto-Gesellschaft hat nämlich eine Erklärung abgegeben, wonach sich dieselbe innerhalb dieses Zeitpunktes an ihr Gebot gebunden hält) auf Grundlage des Gebotes der Berliner Disconto-Gesellschaft, die Anleihe auf jedes Gebot abzuschließen, was dem der Disconto-Gesellschaft gleich oder höher ist.“ (R. S. 3.)

Die Danziger Credit- und Spar-Bank. III.

Einem Bankgeschäft, welches nach seiner Firma zum Sparen auffordern, demnach auch die kleinen Mittel spar-samer Leute, der Wittwen und Waisen, an sich ziehen will, kann man — das muß dieser „Bank“ immer und immer wieder gesagt werden — mit Recht das Verlangen stellen, seine Operationen mit voller Offenheit zu betreiben. Da die Bank trotz ihrer wohlthätigen, auf das Verlangen besonderen Vertrauens hindedeutenden Firma ihre Geschäfte in Dunkel hält, so muß es versucht werden, aus den spärlichen Nachrichten, welche sie an die Deffentlichkeit bringen läßt, Material zusammenzustellen, welches die erforderlichen Schlüsse zuläßt.

Die Bank suchte vor einiger Zeit eine Vergrößerung ihres Capitals bis zur Höhe von 600,000 R. herbeizuführen, schickte zu diesem Zwecke Circulare in alle Welt, hatte jedoch, wie es scheint, keinen Erfolg damit. Wir würden dieser Besuche nicht Erwähnung thun, wenn nicht in den damaligen Auslassungen der Bank zu lesen gewesen wäre, was unseres Wissens sonst nirgend veröffentlicht war: daß die Bank in den Jahren 1867 und 1868 je 10% Dividende erzielt hatte. — Wir müssen annehmen, daß das Jahr 1869, welches eine lange Zeit hohen Discont hatte und nicht unter Verlehrsbedingungen litt, ungefahr gleiche Resultate erzielte. Darauf hin wollen wir zu berechnen versuchen, in welcher Weise die Bank ihre Fonds angelegt haben mag.

Wenn die Bank 10% Dividende auf ihr Actiencapital von 60,000 R. erzielt hat, so mußten die Actionäre 6000 R. erhalten. Nach § 32 des Statuts vom 19. Mai 1865 geht der Gewinnberechnung voraus: eine Verzinsung des Einschuss-Capitals zu 4%, das ist eine vorgängige Zinszahlung a) von 2400 R. wenn die Actien voll bezahlt sind, oder b) von 600 R., wenn nur 25% (15,000 R.) eingezahlt sind; es fehlen dann zu den 6000 R. (Dividende à 10%):

im Falle a) (volle Einzahlung) noch 3600 R.

b) (25% Einzahlung) " 5400

Da ferner nach § 32 die Actionäre nur 2/3 des Gewinns bekommen (die Kleinigkeit von 1/3, sage sieben Zwölftel, bezieht der persönlich haftende Gesellschafter!), so muß der volle Gewinn (2/3) vier Mal so groß sein wie die oben angegebenen Gewinn-Antheile von 3600 R. oder 5400 R., also im Falle a) = 14,400 R.

" " b) = 21,600 R.

Unser Comtoir befindet sich jetzt
Langenmarkt No. 40,
 neben der Rath's-Apothek.

Meyer & Gelhorn,

Bank- und Wechsel-Geschäft.

Zu den Schulversekungen

empfehle ich mein Lager sämmtlicher Schreibefte von gutem Papier zu den billigsten Preisen, sowie Schultaschen für Knaben und Mädchen, Reißzeuge, Federkasten, Stahlfedern, Galter, Bleifedern und alle in dieses Fach schlagende Artikel.

Louis Loewensohn aus Berlin,

(6126) Von Ende April befindet sich mein Geschäft Langgasse No. 17.

Den geehrten Wollproduzenten und Interessenten zeigen wir ergebenst an, daß Anfangs Juni d. J. unsere

Kunstwollwäsche-Fabrik zu Marienburg

in Betrieb gesetzt werden soll.

Der Preis pro Centner Rohwolle, fabrikmäßig in 3 Qualitäten zu sortiren, waschen, entfetten, trocknen, verpacken, incl. Lager, Assurance, Ab- und Anfuhr von und nach der Bahn und Sackmiete ist auf **drei Thaler** festgesetzt, soll aber bei reger Betheiligung später noch ermäßigt werden.

Zur Wäsche angenommen werden nur Posten von mindestens 25 Ctr. Rohwolle, kleinere Posten ist die Anstalt erbötig anzukaufen.

Auf Verlangen vermitteln wir den Verkauf der fabrikmäßig gewaschenen Wollen, und sind bereit, bei Einlieferung der Rohwolle einen zu vereinbarenden Vorschuß zu geben.

Anmeldungen zur Wäsche mit Angabe der Kopzahl der Schäferei, oder des ungefähren Quantums, erbitten wir möglichst frühzeitig, damit, des schwierigen und zeitraubenden Sortirens wegen, die nöthigen Vorbereitungen getroffen und die Säcke rechtzeitig zugesandt werden können. Bei Einlieferung muß die Wolle trocken, in ganzen Fliesen geschoren, je zwei Fliese mit Kreuzband versehen und die Locken separat gepackt sein.

Auf schriftliche Anfragen sind wir gern bereit, jede gewünschte nähere Auskunft zu geben.

Marienburg, im März 1870.

Behrendt & Wadehn.

Allschottländer Synagoge.
 Sonnabend, den 9. d. M., Vormittags 10 Uhr, Predigt. (6351)

Die Verlobung unserer Tochter **Henriette** mit dem Herrn **Julius Jacobsohn** aus Lauenburg haben wir unsererseits bereits unterm 5. d. M. aufgelöst.

A. S. Alexander und Frau.

Gestern Abends 9 Uhr wurde meine liebe Frau **Ida**, geb. **Boehme**, von einem munteren Knaben schnell und glücklich entbunden. (6357)

Alwin Kleefeld.



Danzig-Königsberg.

Die Dampfböte „**Verein**“, Capt. **Koschle**, und „**Oliva**“, Capt. **Haeusler**, beginnen bei erst offenem Wasser ihre regelmäßigen Fahrten zwischen

Danzig und Königsberg.
 Nähere Auskunft ertheilt in Königsberg Herr **L. Lindtner** (vormals **Rudjic & Lindtner**), sowie in Danzig der Unterzeichnete.

Emil Berenz,

Schäferei 19. (6375)

Neueste Promenaden-Fächer

zur Frühjahrs-Saison, vom einfachen bis elegantesten Genre, empfang in großer Auswahl. (6355)

Louis Loewensohn,

Langgasse No. 1.

Zur gefälligen Notiz für Damen.

Mein Lager von Strickgarnen ist durch große Zusendungen von **Stremadura**, englischer Baumwolle, melirten und Ringelstrickgarnen, Sommer- und Winter-Bigogne wiederum sehr reich sortirt, und empfehle dasselbe unter Zusicherung der billigsten Bedienung.

Julius Konicki,

Gr. Gerbergasse 11, 12. (6350)

Eine Partie vorjährige Kleiderbesätze in **Bique**, Wolle und Seide, empfehle von 2 1/2 Gr. an pro Stück.

Julius Konicki,

Gr. Gerbergasse 11, 12.

Saat-Offerte.

Roth-, Weiss-, Gelb-, Schwedisch und Incarnatklees, echte franz. Luzerne, Seradella, Thymothee, echt engl. ital. franz Rhygras, Honiggras, Knaulgras, Schafschwingel, div. Rispengräser, Strausgras, Geruchgras, Thiergarten-Mischung, echt amerik. Pferdezaun-Mais, Riesenspörgel, blaue und gelbe Lupinen, empfiehlt billigst. (6304)

F. W. Lehmann,

Mälzergasse No. 13 (Fischerthor).

Von der Firma **Franz Feichtmayer**, Langgasse 83, haben wir Cigarren,

Upmann, 1/10-Riffe 2 Gr.
 Bahia (Savanna) 2 Gr. 20 Gr. 33. vorzgl.
 Regalia de la Reina 3 Gr.
 la Flora 4 Gr.

gelaufen. Wir erklären hiemit, der Wahrheit die Ehre, daß diese Sorten wahrhaft trotz aller Widerrede Anderer, nur zu diesen Preisen am besten zu kaufen waren Langgasse 83.

(6373) **Unus pro multis.**

Nur 9 Pfennige kostet die breite Zeile in dem an jedem Sonntag früh erscheinenden **Neuen Danzig. Sonntags-Intelligenz-Blatt** von **Paul Thieme**, 1. Damm 2. Späteste Anzeigenannahme Sonnabend Abds.

ADOLPH HOFFMANN,

vormals **Louis Dietze,**

11. Wollwebergasse 11.

empfehl

En gros Strohhüte Detail

für Damen und Kinder in größter Auswahl und neuesten Facons,

Knaben-Strohmützen

sämmtliche Neuheiten und alle zum Nutz erforderlichen Artikel für die Frühjahrs- und Sommer-Saison in gediegenster Waare zu außerordentlich billigen und festen Preisen en gros und en détail. (6377)

44. Langgasse 44.

Zur Bequemlichkeit

und um den längst an mich ergangenen Wünschen eines hiesigen wie auswärtigen hochgeehrten Publicums nachzukommen, habe ich neben meiner

Kinder-Garderobe

in meinem neuen Geschäftelocale

44. Langgasse 44.

ein großartig sortirtes Lager in

Kinder-Wäsche

Es sind sämmtliche Wäscheartikel für Kinder, sowohl für Knaben als Mädchen, von der Geburt an bis zum Alter von 15 Jahren, in großer Auswahl vorrätig, und bitte das hochgeehrte Publicum, dieses mein neues Unternehmen, unter Zusicherung streng reellster Bedienung, wie bisher gütigst unterstützen zu wollen.

Mathilde Tauch,

44. Langgasse 44, dem Rathhause gegenüber.

Hierdurch erlaube mir das Eintreffen sämmtlicher Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommer-Saison

ergebenst anzuzeigen, besonders mache auf eine große Auswahl sehr billiger Strohhüte jeden Genres aufmerksam.

Langgasse 70. Caecilie Wahlberg. Langgasse 70.

Neueste Frühjahrs-Paletots

von 1 Thlr. 15 Sgr. ab,

Neueste Umhänge

von 2 Thlr. 15 Sgr. ab

empfehl in großartigster Auswahl

Peril, Langgasse 70.

Friedrich Groth, 2. Damm 15,

empfehl zur bevorstehenden Saison sein Lager von trockenen und in Del geriebenen Erd- und Metall-Farben, welches zur Stubenmalerei und Holzansrichen, in allen vorkommenden Sorten und Nuancen, die größte Auswahl bietet

Ferner: altes abgelagertes Leinöl, einfach, doppelt gelochten und Dampfsmirk, französisches Anleröl, engl. und franz. Del- und Spiritus-Packe für Maler, Lackirer, Bildhauer, Bergolber, Korbmacher und Buchbinder. — Blattgold, Broncen, Blattsilber und Schlagmetall, sowie alle vorkommenden, dem Zwecke entsprechenden Sorten Pinsel etc.

Friedrich Groth, 2. Damm 15. (6358)

Engl. Biscuits

erhielt neue Zusendung **Julius Tetzlaff,** Hundegasse No. 98.

Hesse'scher Gesang-Verein.

Sonnabend, den 9. April cr., präcise 8 Uhr Abends, im oberen Saale des Herrn **Punschke**, Rürichergasse No. 9, Gesangsstunde. Der Vorstand. (6156)

Zum Jahrich- u. Freiwilligen-Examen bereit: vor

Prediger **Gustav de Beer,** Fischmarkt 25, 2 Tr.

Mein Comtoir befindet sich Fleischergasse No. 69.

(6374) **Aug. Thimm.**

Eine anständ. Kellnerin

wünscht in einer feinen Restauration engagirt zu werden. Das Nähere in der Exped. d. Btg. In meinem Hause **Fischersthal 15** ist eine Sommerwohnung zu vermieten. (6392)

Frische Holsteiner Mustern im Rathswinkel.

Hunde-Halle.

C. H. Kiesau,

Hundegasse 3 und 4
 Table d'hôte von 12—3 Uhr, à la carte zu jeder Tageszeit. Weine in allen Marken zum allerbilligsten Preise.

Borzügliches Lagerbier.
 Königsberger, Culmbacher, Münchener Hofbräu, Gräntholer, Gräzer, Vobier, Erlanger, Bodenbacher, Dresd. Waldschlöcher, Wiener Märzen, Deutscher Porter, Engl. Porter, Engl. Ale. 2 Billards mit Marmorplatte und Mautinellbanden. (5498)

Sonnabend, präcise 6 Uhr, Generalprobe im Schützenhause. Die Inhaber von Generalprobenarten werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Der Eintritt in die Generalprobe ist ohne Karte nicht gestattet. (6400)

Berein zur Wahrung kaufmännischer Interessen zu Danzig.

Bersammlung der Mitglieder: Montag, den 11. April, Abends 7 Uhr, im hintern Saale der Restauration Klein, Langgasse No 35.

Tagesordnung bei den Vorstandsmitgliedern einzusehen. (6340)

Der Vorstand.

Turn- und Secht-Verein.

Morgen Sonnabend 8 Uhr, Geselliges Beisammensein im **Gambitnus.**

Der Vorstand.

ORPHEUM.

Sonnabend, den 9. April, Tanzveranst. **Schwarz's Meer 18**, wozu einladet **J. Peters.**

Danziger Stadttheater.

Sonntag, den 10. April 1870: (Abonnem. susp.)

Die Afrikanerin.

Große Oper in 5 Acten von **G. Meyerbeer.** Dienstag, den 12. April, zum Benefiz für **Hrn. Musikdirector Bernhardt: Das Nachtlager in Granada.** Ouverture u. 3 Act. **Die weiße Dame.** 2. Act. **Lucretia Borgia.** 2. Act.

Selonke's Variété-Theater.

Sonnabend, 9. April, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr: Schaler-Vorstellung unter Vorführung der Sprech-Maschine. Herr **Faber** wird in dieser Vorstellung seine Sprech-Maschine wissenschaftlich erklären und Schülern und Schülerinnen den Zutritt auf die Bühne gestatten. Außerdem Theater-Vorstellung. — Entrée 2 1/2 Sgr. Loge und Estrade 3 Sgr.

Abends 7 Uhr. (Ab. susp.) **Gastdarstellung mit der Faber'schen Sprechmaschine.** Theater-Vorstellung.

Druck u. Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig